



Editorial

Wir brauchen einen wettbewerbsfähigen Wasserstoffmarkt in Europa

Während sich auf europäischer Ebene Beschlüsse zur Energiepreisexplosion zäh gestalten, wurde intensiv über ein Klimapaket verhandelt, das Mitte Dezember unter der tschechischen Ratspräsidentschaft abgeschlossen wurde. Das Klimapaket ist umfassend: Die Emissionen in den EU-Emissionshandelssektoren müssen bis 2030 um 62 Prozent gegenüber 2005 gesenkt werden. Die kostenlosen Zertifikate für Industrieunternehmen werden sukzessive auslaufen, sodass 2034 keine freien Zertifikate mehr zur Verfügung gestellt werden. Ab 2027 wird ein „Emissionshandelssystem II“ für den Gebäude- und Verkehrssektor in der Europäischen Union eingeführt. Gleichzeitig kommt es zu einem Novum in der Klimaregulierung: Mit 1. Oktober 2023 wird ein Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) in Form einer Übergangsphase und ab 2026 bis 2034 vollständig eingeführt werden. Dies betrifft vor allem Erzeugnisse der Zement-, Aluminium-, Düngemittel-, Strom-, Eisen- und Stahlindustrie.

Das verschärfte Reduktionsziel und das Abschmelzen der freien Zertifikate für die Industrie wirft Fragen auf, wie Anlagen auch in der vierten Emissionshandelsperiode ausreichend bei ihren Transformationsanstrengungen unterstützt werden können.

Unternehmen, die umfassende Investitionen in die Transformation bewerkstelligen müssen, brauchen nun auch die geeigneten Rahmenbedingungen, die den Industriestandort stärken, um weiterhin in Europa zu produzieren.

Eine wesentliche Säule zur Dekarbonisierung der Emissionshandelssektoren ist der Einsatz von grünem Wasserstoff. Hier muss Europa nun einen Zahn zulegen, um nicht ins Hintertreffen zu geraten, insbesondere gegenüber den USA. Während in Europa intensiv darüber diskutiert wird, welche Voraussetzungen eigentlich Wasserstoff erfüllen muss um auch als „grün“ eingestuft zu werden, haben die USA die Anreize bereits gesetzt. Der von Joe Biden unterzeichnete Inflation Reduction Act bietet derart massive Anreize für die Wasserstoffproduktion, womit sogar die Gefahr besteht, dass es dadurch in der EU zu Verzögerungen beim Wasserstoffhochlauf gibt. Vorrangiges Ziel muss sein, die Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen Wasserstoffmarkt jetzt zu setzen. Dafür braucht es ein Bündel an Maßnahmen, die zum Teil auf europäischer Ebene und zum Teil auf nationaler Ebene getroffen werden müssen.

Dazu zählt erstens ein rascher Aufbau von Wasserstoffkapazitäten. Dabei sollte ein Wasserstoffmarkt nicht nur auf erneuerbaren Wasserstoff reduziert werden, sondern auch klimaneutraler bzw. low-carbon Wasserstoff mitgedacht werden. Es braucht eine technologieoffene Förderung von Wasserstoff sowie einen massiven Ausbau von erneuerbaren Stromerzeugungskapazitäten. Zweitens muss durch die Verbindung von Produktionsclustern ein Wasserstofftransportnetz aufgebaut werden. Bestehende Gasleitungen können durch Umrüstung dafür genutzt werden. Drittens benötigen wir harmonisierte Standards für die Zertifizierung von Wasserstoff. Viertens müssen jetzt diversifizierte Energiepartnerschaften aufgebaut werden, um den internationalen Handel mit Wasserstoff aufzubauen und damit die Versorgungssicherheit von Wasserstoff in Europa sicherzustellen.

Erste Maßnahmen wurden von der Europäischen Kommission mit REPowerEU bereits gesetzt. Für 2023 bleibt vieles zu tun! Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre mit dieser Ausgabe von ÖKO+ sowie schöne Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr!

Mag. Jürgen Streitner

Leiter der Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik in der WKÖ